



Prof. Dr. Holger Schmidt | Technische Universität Kaiserslautern

Das BMBF-Verbundprojekt „Stadtwende – Kampf von Bürgerinitiativen gegen Altstadtverfall in der DDR“

Der Verfall der historischen Bausubstanz in vielen Innenstädten der DDR war ein Auslöser und ein verstärkendes Element für die breiten Proteste im Jahr 1989 und die anschließende friedliche Revolution. Heute wird die Bewahrung der hochwertigen und städtebaulich wertvollen Altbaubereiche in Ostdeutschland, oft buchstäblich in letzter Minute, als eine wichtige Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit beschrieben, die selbst Einheits-Skeptiker nicht in Frage stellen. Neben passgenauen Förderprogrammen, Finanzhilfen und Verwaltungsunterstützung „aus dem Westen“ waren es vor allem engagierte und beherzte Menschen in den ostdeutschen Städten, die für eine Sicherung und Bewahrung der im Herbst 1989 noch erhaltenen, aber teilweise sehr verschlissenen Bausubstanz sorgten.

Situation in den 1980er Jahren

Der bauliche Verfall ganzer Straßenzüge und der damit einhergehende Wohnungsleerstand war ein sichtbares Zeichen dafür, dass es zwischen den propagierten sozialpolitischen Zielen – etwa der 1972 versprochenen Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem – und der Realität in den historischen Innenstädten eine für jedermann erkennbare, große Diskrepanz gab. Diese hier nur kurz zu beschreibende Situation, wie sie sich Ende der 1980er Jahre darstellte, war das Ergebnis einer ungesunden und einseitigen Schwerpunktsetzung der DDR-Planwirtschaft auf die industrielle Plattenbauweise. Große Baukombinate mit Wohnungsbautaktstraßen und Plattenwerken versprachen einen schnellen und effizienten Neubau von Standardwohnungen, gleichzeitig wurde die Werterhaltung, Instandsetzung und Modernisierung der bestehenden Bausubstanz stark vernachlässigt. Die Präferenz des industriellen Bauens führte gleichzeitig zu einem permanenten Mangel an Baumaterialien (jenseits des Baustoffs Beton), an Bauhandwerker/-innen für die Bestandserhaltung und an Baukapazitäten jenseits der großen Baukombinate. Die 1972 von der DDR-Führung vollzogene Enteignungswelle von halbstaatlichen oder privaten Baufirmen verschärfte die Situation nachhaltig.

Wurde der Wohnungsmangel in den 1960er und 1970er Jahren durch große randstädtische Großwohnsiedlungen zügig abgebaut, so sollte anschließend ab den 1980er Jahren die sogenannte Phase der *Intensiven Stadtreproduktion* eingeleitet werden. Die Hinwendung zum Bauen im Bestand wurde statistisch durch die Ergebnisse der am Stichtag 31.12.1981 durchgeführten DDR-weiten Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (VBWGZ) untermauert, die zu einem damals unerwarteten Ergebnis kam: Obwohl im Zeitraum zwischen 1970 und 1980 über 900.000 Wohnungen neu errichtet wurden, nahm die statistisch erfasste Gesamtanzahl an Wohnungen nur um etwa 500.000 Wohnungen zu. Der Zählung folgten zunächst pragmatische Reaktionen wie die Festlegung, dass der Abriss von Wohnungen durch das Bauministerium in Berlin zentral zu genehmigen sei oder die Bildung von „Taktstraßen“ für die Gebäudeerhaltung und Wohnungsmodernisierung von Altbauten. Auch in den 15 Plattenbaukombinaten kam frischer Wind auf, denn die Plattenbauserien sollten für einen Einsatz in den Innenstädten modifiziert oder neu eingerichtet werden. Fokussiert wurde diese Neuausrichtung der DDR-(Städte-) Baupolitik durch einen zentralen Beschluss von Ministerrat und SED-Führung im Jahr 1982. Doch nur zaghafte und sehr schleppend erfolgte eine teilweise Umorientierung der den Landkreisen und kreisfreien Städten zugeordneten Baubetriebe, die mit Bestandserhaltung und Neubau jenseits der Plattenbauweise befasst waren. Zu der von kritischen Wissenschaftler/-innen geforderten, generellen Umorientierung – weg von der Plattenbauweise hin zu einem stärkeren Aufbau einer modernen und auf die Bauaufgaben in den historischen Innenstädten angepassten Firmen- und Baustruktur – kam es jenseits von propagandistischen Ausnahmen jedoch nicht. Die Folge waren meist großflächige Neuplanungen von innerstädtischen Stadtquartieren, die in der Regel mit einem fast flächendeckenden Abbruch der zuvor leergefallenen historischen Bebauung einherging.

Reaktionen auf Leerstände und Verfall

Der Staat und seine Institutionen reagierten auf Leerstand und Verfall mit der DDR-typischen „Aktionitis“, ohne die grundlegenden Probleme und Schwierigkeiten grundsätzlich anzugehen. Neben der DDR-weiten Aktion „Dächer dicht“ rief die zentrale Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) die Initiative „Um- und Ausgebaut“ ins Leben. Jugendliche sollten sich mit Unterstützung ihrer Betriebe leerstehende Wohnungen selbst ausbauen und dabei fachlich begleitet werden. In vielen Städten wurde daraufhin versucht, leerstehende Wohnungen, ausbauwillige Jugendliche und volkseigene Betriebe (VEBs) zusammen zu führen. Jenseits dieser staatlich initiierten Aktionen boten leerstehende Wohnungen aber auch ein breites Potential für selbstorganisierte Handlungen und Freiräume, die sich unter dem Begriff „**Schwarzwohnen**“ zusammenfassen lassen. Zumeist junge Menschen organisierten sich baufällige Altbauwohnungen, die sie in Selbsthilfe bewohnbar machten und dann bezogen. Das konnte dem baulichen Verfall selbstverständlich nur in geringen Teilen entgegenwirken, das Schwarzwohnen hatte aber in den 1980er Jahre besonders in den Hochschulstädten eine hohe Akzeptanz und galt weithin als ‚normale‘ Wohnform.

Neben diesen eher auf der individuellen Ebene zu verortenden Aktionen zur Verbesserung der eigenen Wohnsituation, gab es ein breit gefächertes Spektrum an **Initiativen** und Institutionen, die sich für eine erhaltende Erneuerung der historischen Altbaubestände einsetzten. Diese waren aber nicht klassische Bürger/-inneninitiativen, wie wir sie heute kennen. So gab es kritische und opponierende Stimmen von einzelnen engagierten Bürger/-innen oder Gruppen, die sich teilweise unter dem Dach der evangelischen Kirche versammelten und in unterschiedlicher Form gegen die Missstände angingen. Andere Gruppen schlüpfen unter das Dach des DDR-Kulturbundes und trugen ihre Kritik in Form von Eingaben vor oder kümmerten sich in freiwilliger Arbeit um abrissbedrohte Gebäude. Nur wenige dieser Aktivitäten sind bislang wissenschaftlich ausgewertet und zumeist als lokalhistorische Studien veröffentlicht worden. Nach bisherigen Recherchen existierten in DDR-Städten mit dem Stichjahr 1989 insgesamt 72 zivilgesellschaftliche Gruppierungen gegen den Altstadtverfall. Die Grenzen zwischen initiativen Bürger/-innen und den bei den staatlichen Stellen auf Kommunalebene angestellten Personen verwischten in den 1980er Jahren zunehmend, es kam zu Allianzen zwischen Fachleuten und Bürger/-innen, die gemeinsam fachlich sehr fundierte Gegenentwürfe zu Abrissplanungen vorlegten und so die staatlichen Stellen zu Kompromissen oder zum Abrücken von Abrissplanungen bewegen konnten.

Ein Bündnispartner im Kampf gegen den Verfall der historischen Altstädte war die zentral und regional organisierte Staatliche Denkmalpflege, die im **Institut für Denkmalpflege** und seinen auf die früheren Bundesländer zugeschnittenen Zweigstellen zu verorten sind. Sie positionierten sich zunehmend gegen die praktizierte oder geplante Stadtzerstörung, ohne letztlich in vielen Städten großflächig erfolgreich sein zu können. Kritik am Verfall des baulichen historischen Erbes gab es auch aus der **kritischen Wissenschaft**. Deren fachlich fundierte Einschätzungen verblieben jedoch in einem reinen Fachdiskurs zwischen den zuständigen Stellen der Bauakademie, dem Ministerium für Bauwesen oder den jeweiligen Ebenen in der Parteihierarchie der SED. So gab es sowohl in der Bauakademie der DDR und einzelnen ihrer Institute als auch im Bereich von Stadtarchitekt/-innen oder Baudirektor/-innen Fachleute, die mit dem systematischen und wachsenden Verfall von historischer Bausubstanz unzufrieden waren, dagegen innerhalb ihrer Gremien ankämpften und sich sogar partiell mit Mitgliedern der zivilgesellschaftlichen Opposition verbanden. Ungewünschte Positionen oder unpassende Ergebnisse wurden auch schnell einmal untersagt, wie die langfristig für den 27. Oktober 1989 angesetzte Plenartagung der DDR-Bauakademie zum Thema „Städtebau und Architektur“, die am 5. Oktober, zwei Tage vor dem 40. Jahrestag der DDR vom Bauministerium abgesagt wurde.

Nicht zuletzt gab es in vielen Klein- und Mittelstädten jenseits der Schwerpunktstädte des DDR-Plattenbaus beherzte und engagierte **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** in den Bauämtern und staatlichen Planungsbüros, die sich der Erhaltung „ihrer“ Altstädte verschrieben hatten und z. B. durch die gezielte Lenkung der raren Baukapazitäten auf die abrissbedrohte historische Bebauung dafür sorgten, dass diese gesichert wurde und so dann langfristig erhalten werden konnte.

Das BMBF-Verbundforschungsprojekt Stadtwende

Zur Erforschung der hiermit nur knapp umrissenen Thematik haben sich die TU Kaiserslautern, das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner, die Bauhaus-Universität Weimar sowie die Universität Kassel zu einem vierjährigen Projekt zusammengeschlossen, das im Januar 2019 gestartet ist und das mit insgesamt zehn Stellen (davon acht wissenschaftliche Qualifizierungsstellen) ausgestattet ist. Neben Literatur- und Archivrecherchen sollen unter anderem durch eine Vielzahl von Zeitzeugeninterviews die Bedeutung der DDR-Bürger/-innenbewegung, die Rolle der Kulturinstitutionen und der Planerinnen und Planer für das Gelingen des eingangs postulierten Erfolgsmodells der deutschen Einheit herausgearbeitet werden. Im Projektzeitraum sind zwei Forschungskolloquien geplant und abschließend die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Sammelbands. Ein wichtiges vermittelndes Format des Forschungsvorhabens ist die Wanderausstellung *Stadtwende*. Die darin präsentierten Inhalte werden sich direkt aus den Ergebnissen der Forschung ableiten, die Wanderausstellung soll in den Jahren 2021 und 2022 in insgesamt zehn Städten der östlichen Bundesländer zu sehen sein. Hierbei strebt das Projekt eine Kooperation mit Museen oder Galerien vor Ort an. Während der Zeit der Ausstellung sind Zeitzeugengespräche und weitere Vermittlungsformate etwa für Schulen in den jeweiligen Städten geplant.

Holger Schmidt

Jahrgang 1959, Prof. Dr.-Ing., seit 2009 Professor für Stadtumbau und Ortserneuerung an der TU Kaiserslautern | Arbeitsschwerpunkte: Stadtumbau, behutsame Stadterneuerung, bürgerschaftliche Initiativen in Stadterneuerung + Stadtumbau | seit 2017 Mitherausgeber des Jahrbuchs Stadterneuerung.